

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport** der Stadt Burgdorf am **29.01.2018** in der Aula der Grundschule Burgdorf, Hann. Neustadt 32, 31303 Burgdorf

18.WP/SchKuSpo/014

Beginn öffentlicher Teil: 17:02 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:34 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: Uhr

---

**Anwesend:** **Vorsitzender**

Braun, Hartmut

**stellv. Vorsitzender**

Zschoch, Mirco

**Mitglied/Mitglieder**

Dreeskornfeld, Thomas  
Gersemann, Christiane  
Gottschalk, Niklas  
Meinig, Birgit  
Pollehn, Armin  
Schulz, Kurt-Ulrich  
Wichmann, Christiane

**ElternvertreterIn**

Eggers, Günter

**Lehrervertreter**

Kittel, Felicitas

**Schülervertreter**

Kasiyanov, Mikhail

**Beratendes Mitglied für den Bereich Sport**

Runge, Alfred

**Gast/Gäste**

Kuchenbecker-Rose,  
Antje  
Stopper, Thomas  
van Waveren-Matschke,  
Saskia

**Verwaltung**

Barm, Henry  
Bauer, Henry  
Baxmann, Alfred  
Kugel, Michael

## **TAGESORDNUNG**

### Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Besichtigung der Grundschule Burgdorf
3. Aussprache über die Besichtigung der Grundschule Burgdorf
4. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 06.11.2017 und am 28.11.2017
5. Mitteilungen des Bürgermeisters  
Schulangelegenheiten
6. Schülerstatistik der Stadt Burgdorf 2018  
Vorlage: BV 2018 0445
7. Bericht zur aktuellen Situation der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund
8. Schreiben des kommissarischen Schulleiters der Prinzhornschule Burgdorf - Bestandsschutz der Förderschule Lernen
9. Bericht aus der Arbeitsgruppe Schulentwicklung
10. Anfragen lt. Geschäftsordnung
11. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung  
Einwohnerfragestunde

### Öffentlicher Teil

#### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

Herr Braun eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder, die Gäste und den Vertreter der Presse. Er stellte die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

#### **Beschluss:**

#### **2. Besichtigung der Grundschule Burgdorf**

---

Vor Beginn der Besichtigung gab **Frau Kuchenbecker-Rose** einen kurzen Einblick in die aktuelle Schulsituation.

Die Grundschule Burgdorf verfolge das Ziel weiter, eine gemeinschaftlich-aktive Grundschule, in der die Schülerinnen und Schüler gemeinsam an der Ausgestaltung des Gebäudes mitwirken und dafür Verantwortung tragen, zu werden. Unter anderem seien die Schülerinnen und Schüler nach der Renovierung für die Sauberkeit in den Klassenräumen und Fluren zuständig. Auch an der Gestaltung der Flure durch selbstgemachte Zeichnungen und Basteleien haben die Schülerinnen und Schülern der Grundschule mitgewirkt. Das Umsetzen des pädagogischen Konzeptes mit den Schülerinnen und Schüler der Grundschule funktioniere sehr gut, konstatierte **Frau Kuchenbecker-Rose** abschließend.

Der Ausschuss erhielt einen Einblick in Klassenräume, die Mensa, in die künftigen Räume der Prinzhornschule, in die Lehrerzimmer sowie die Toilettenanlagen der Jungen im Erdgeschoss. Dabei wurde in den Toiletten der Jungen ein Sanierungsbedarf aufgrund der vorherrschenden Geruchsbelastung festgestellt. Dem Ausschuss wurde zudem die erforderlichen Umbaumaßnahmen für die Unterbringung der Prinzhornschule dargestellt.

### 3. **Aussprache über die Besichtigung der Grundschule Burgdorf**

---

**Herr Braun** stellte nach der Besichtigung fest, dass sich seit der letzten Besichtigung viel getan habe. Er fragte, wie es nunmehr weitergehen würde. **Herr Kugel** teilte dazu mit, dass nach Freigabe der Haushaltsmittel durch die Kommunalaufsicht weitere Sanierungsmaßnahmen wie die Toilettensanierung angegangen werden können. **Herr Runge** führte aus, dass er zufrieden mit den bisher geleisteten Arbeiten sei. Die Ideen zur Ausgestaltung mit Eigenverantwortung zu verknüpfen, sei ein toller Mehrwert für die Grundschule. Er könne sich vorstellen, dass ähnliche pädagogische Konzepte, in denen die Schülerinnen und Schüler Verantwortung für das Schulgebäude und dessen Ausstattung tragen, auch in anderen Burgdorfer Schulen funktionieren könnten. **Herr Eggers** schloss sich der Darstellung von **Herrn Runge** an und bedankte sich im Namen der Eltern bei **Frau Kuchenbecker-Rose** und dem Team der Grundschule für die geleistete Arbeit. **Herr Pollehn** teilte mit, dass er den tollen Eindruck nach der Renovierung und die Einbindung der Schülerinnen und Schüler ins pädagogische Konzept als sehr gut finde und bedankte sich ebenfalls bei für das Geleistete. **Herr Braun** bedankte sich auch bei der Verwaltung, dem Hausmeister und den anderen Angestellten der Schule für ihre tolle Arbeit. **Frau Meinig** führte aus, dass die Herausforderungen mit den gegebenen Mitteln und den Kräften vor Ort, gemeinsame Visionen umzusetzen, gut gemeistert worden seien. **Frau Wichmann** fragte, ob es ein Frühstücksangebot gebe und ob dieses begrenzt sei. **Frau Kuchenbecker-Rose** teilte mit, dass das Frühstücksangebot nicht begrenzt sei. Es werde stets versucht, durch den Kinderschutzbund ein Frühstück für alle Schülerinnen und Schüler anzubieten. Dazu laufe ein gemeinsames Projekt (Aufbau einer Stiftung) mit dem Kinderschutzbund, welches Gelder für Schülerinnen und Schüler sammelt, um für jedes Kind ein Frühstück in der Grundschule anbieten zu können. **Herr Gottschalk** teilte mit, dass er den pädagogischen Ansatz, dass alle mit anpacken, gut finde. **Frau Gersemann** fügte hinzu, dass die Ideen und Visionen mit den beteiligten Fachleuten aus Verwaltung, Schule und Politik durchgesprochen werden sollten. **Frau Kuchenbecker-Rose** führte aus, dass alle Schulen vor Herausforderungen stehen würden. Sie sei sich sicher, dass mit den Schulleitungen der Burgdorfer Schulen die gemeinsamen Aufgaben zu bewältigen seien.

#### **4. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 06.11.2017 und am 28.11.2017**

---

Die Protokolle vom 06.11.2017 und 28.11.2017 über die Sitzungen des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport wurden einstimmig genehmigt.

#### **5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

a) **Herr Barm** teilte mit, dass mit Wirkung vom 01.02.2018 Frau Karen Lindner die Leitung der Grundschule Otze übertragen werde.

b) **Herr Barm** berichtete, dass die erneute Ausschreibung der Stelle Rektorin/Rektor der Waldschule Ramlingen-Ehlershausen ohne Bewerbungen geblieben sei. Im Schulverwaltungsblatt 03/2018 solle die Stelle nochmals ausgeschrieben werden.

c) **Herr Barm** teilte mit, dass am Mittwoch, den 21.02.2018, im Rahmen der didacta eine Bildungskonferenz mit dem Thema „Lernen im digitalen Wandel – Herausforderungen für Politik und Schule“ stattfinde. Die Veranstaltung richte sich an die Kommunalpolitik und –verwaltung. Je Kommune könnten vier Teilnehmende benannt werden. Die Verwaltung werde mindestens mit dem Schulentwicklungsplaner teilnehmen. Die Politik könne teilnehmen, hierzu bat Herr Barm um Rückmeldung an die Verwaltung.

d) **Herr Barm** berichtete, dass die Ausschreibung für die Mittagsverpflegung an den städtischen Schulen und der Cafeteria Gymnasium/Realschule veröffentlicht worden sei. Das Verfahren soll vor den Sommerferien 2018 beendet werden, um dem künftigen Betreiber die Möglichkeit der Kommunikation mit der Elternschaft zu geben. Es handele sich um eine EU-Vergabe. Er lobte Frau Makowecyj für die Abwicklung der Ausschreibung und teilte weiter mit, dass im März/April 2018 ein Probeessen vom Caterer durchgeführt werde. Teilnehmer werden Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler sein.

**Herr Kasiyanov** fragte, ob garantiert werden könne, dass die Qualität des Probeessens auch im Schulalltag erreicht werde. **Herr Barm** führte dazu aus, dass der Caterer seinerseits bestrebt sei, die Schulen langfristig zu beliefern und es daher keinen Grund gebe, das Essen im Schulalltag schlechter zuzubereiten. Weiterhin werde es einen Arbeitskreis Mensa geben, der dies kontrollieren werde.

**Frau Wichmann** fragte, ob auch Rücksicht auf regionale und nachhaltige Produkte genommen werde. **Herr Barm** führte dazu aus,

dass Produkte biologischen Anbaus und regionale Produkte zunächst zu definieren seien. Dies sei schon sehr schwierig. Es werde aber versucht, dem und auch Unverträglichkeiten gerecht zu werden. So wurde über die Ausschreibungsunterlagen gefordert, dass für die gängigsten Allergien (Laktose, Fruktose, Nuss etc.) eine Speisenzusammensetzung anzugeben sei und dass für Allergiker entsprechende Verpflegungsangebote vorzuhalten seien. Zudem sei der Einsatz von regionalen, biologischen, saisonalen und aus nachhaltigen erzeugten Produkten wünschenswert. Er führte weiter aus, dass hochwertige Produkte (z. B. aus biologischem Anbau) auch einen höheren Preis bedeuten könnten und es daher grundsätzlich schwierig sei, eine hohe Qualität zu einem angemessenen Preis anzubieten.

**Frau Kittel** fragte nach, ob die Cafeteria im Gymnasium auch gleichzeitig durch den Caterer beliefert und ausgestattet werde. Falls ja, sei interessant zu wissen, ob der Caterer gesunde Produkte anbieten könne. **Herr Barm** teilte mit, dass mit dem Gymnasium ein Rahmen des zukünftigen Cafeteria Angebotes abgestimmt wurde und im Leistungsverzeichnis definiert worden sei. Die Bieter sollen zusätzlich ein Cafeteria Konzept erarbeiten.

**Herr Runge** fragte, wie man feststelle, ob der mögliche neue Caterer ein guter Partner sei. **Herr Barm** führte aus, dass im Zuge der Ausschreibung eine Referenzliste mit einzureichen sei. Demnach könne man sich über die Referenzinstitutionen über den Caterer informieren.

- e) Abschließend teilte **Herr Barm** mit, dass am 06.01.2018 die Stadtbücherei Burgdorf erstmalig für Leserinnen und Leser an einem Sonnabend geöffnet hatte. 59 Leser nutzten das neue Angebot. Frau Nehmer-Rommel sei über die Resonanz positiv überrascht. Am kommenden Sonnabend, 03.02.2018, habe die Stadtbücherei wieder geöffnet.

## Schulangelegenheiten

### 6. Schülerstatistik der Stadt Burgdorf 2018 Vorlage: BV 2018 0445

---

**Herr Barm** teilte dem Ausschuss mit, dass die Vorlage zur Schülerstatistik eine weitere Anlage mehr beinhalte. Die Anlage 5 befasse sich mit der Inklusion. Er führte weiter aus, dass es kleine Redaktionsfehler in der Schülerstatistik gebe. Betreffend das Gymnasium teilte er mit, dass in Klasse 11 und 12 nicht vier, sondern fünf Kurse je Jahrgang vorhanden seien.

Bei der Grundschule Otze fehlen die Zuzählungen der Inklusionskinder gänzlich. Sofern diese einbezogen werden, ergäbe sich ein neuer Raumbedarf, ggf. schon für das Schuljahr 2018/2019. Dies bedeute, dass nicht 6 Klassenräume, sondern 7 Klassenräume benötigt werden. Er führte dazu aus, dass man z. B. überlege, eine Klasse aus Otze in der Waldschule Ehlershausen-Ramlingen zu beschulen. Da dort noch Räumlichkeiten zur Verfügung stünden, werde er mit den Schulleitungen der Grundschulen in Otze und Ramlingen-Ehlershausen über diese und weitere Optionen sprechen. **Herr Kasiyanov** fragte nach, ob eine Beförderung der Schülerinnen und Schüler zwischen Otze und Ehlershausen möglich sei. **Herr Barm** teilte dazu mit, dass diese Option zunächst auch bei den Eltern abzufragen sei. Grundsätzlich halte er es für möglich.

**Herr Pollehn** fragte, wie die Schülerzahlen aufbereitet und zurückgespiegelt werden. **Herr Barm** teilte mit, dass die Zahlen jedes Jahr aufbereitet und sich künftig im Schulentwicklungsplan widerspiegeln werden. **Frau Gersemann** bat, die aktuellen Schülerzahlen unter Berücksichtigung der Inklusion zur Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung mitzubringen. **Herr Barm** sagte zu, die aktuellen Schülerzahlen vorzubereiten.

**Herr Pollehn** fragte, ob es im Zuge der Schulraumbedarfsplanung temporäre Lösungen gebe. **Herr Barm** stellte vor, wie es in den betroffenen Schulen aktuell und künftig aussehe. Für die Gudrun-Pausewang-Grundschule bestehe Einigkeit für einen Neubau. Die Astrid-Lindgren-Grundschule erhalte einen weiteren Raum als Anbau zur Verfügung gestellt. In der Grundschule Burgdorf seien die Räumlichkeiten ausreichend. Lediglich durch den noch ungeklärten Familiennachzug sei der zukünftige Raumbedarf noch nicht abzuschätzen. In der Grundschule Otze sei eine Machbarkeitsstudie in Arbeit, die ein Zusammenleben von Schule, Krippe und Sport gewährleisten soll. Kurzfristig werde man für die Grundschule Otze - wie bereits angesprochen - Lösungen eruiieren, u. a. werde mit der Waldschule gesprochen. Im Gymnasium Burgdorf stünden ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung. Für die IGS Burgdorf seien temporäre Lösungen, bis zur Inbetriebnahme des Neubaus notwendig.

**Frau Gersemann** fragte, welche politischen Entscheidungen zu treffen seien, damit die Verwaltung schnell weiterkomme. **Herr Barm** teilte mit, dass u. a. die Vorlage 2017 0137 – Schulraumbedarfsplanung der Grundschulen entschieden werden müsse.

**Herr Eggers** betonte, dass die Schülerzahlen sehr wichtig für die strategische Planung seien. Auch in welcher Form das Schulangebot weiter zur Verfügung stehen sollte und wie man die Wachstumschancen durch Schülerinnen und Schüler nutzen könne, sollte nicht unterschätzt werden. Er sei sich sicher, dass die notwendigen politischen Entscheidungen jetzt getroffen werden.

## 7. Bericht zur aktuellen Situation der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund

---

**Frau Kuchenbecker-Rose** berichtete, dass sie die Aufnahme von Flüchtlingskindern in ihrer Schule befürworte. Sie teilte weiter mit, dass weitere 10 Flüchtlingsfamilien auf dem Weg nach Burgdorf seien. Dies bedeute, dass zu den 31 Flüchtlingskindern etwa 17 weitere hinzukämen. Ihre Schule könne das nicht alleine tragen. Die Belastungsgrenze ihrer Schule sei erreicht und eine Überforderung aller Beteiligten schließe sie nicht mehr aus. Sie bat Politik und Verwaltung um Hilfe, damit die Flüchtlingskinder betreut werden können, da gerade die Flüchtlingskinder anfangs einer intensiveren Betreuung und Beschulung bedürfen. Sie müssten Sprachkenntnisse aufbauen und könnten daher nicht von Anfang an in eine Regelklasse eingegliedert werden.

Sie regte an, die ankommenden Flüchtlingskinder auf mehr Grundschulen zu verteilen. Bislang kommen in der Regel alle Flüchtlingskinder zu ihrer Schule. Sie selbst sei mit anderen Grundschulleitungen im Gespräch. Konkret sei eine Kooperation mit Herrn Blumenstein, Schulleiter der Astrid-Lindgren-Grundschule, über die Aufnahme von Flüchtlingskindern bereits vereinbart. Zudem sei die Schülerbeförderung zur Grundschule eine weitere Schwierigkeit, da die Kinder in der Regel Analphabeten seien und sich daher nicht mit Zahlen und der deutschen Schrift auskennen. Daher sei sie für Stützsysteme, u. a. für Sprache und Integration. Leider stehe weiterhin kein Personal für Sprachlernklassen zur Verfügung. Sie führte weiter aus, dass ohne die wichtigen Unterstützer in Burgdorf wie das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus (BMGH) oder des Nachbarschaftstreffs vieles bis hierhin nicht möglich gewesen sei. Auch die Nachmittagsbetreuung im BMGH durch Abiturientinnen sei eine gute Sache und helfe, die Integration und Sprachbildung voranzutreiben. Sie dankte daher ausdrücklich allen Unterstützern.

**Herr Zschoch** fragte, ob es konkrete Sprach-Angebote oder andere Arten von Sprachunterstützungsmaßnahmen durch das Land Niedersachsen gebe. **Frau Kuchenbecker-Rose** teilte mit, dass sie einen Antrag für 100 Kinder zur Sprachförderung eingereicht habe. Dieser sei jedoch nicht erfüllbar, da viel zu wenig Personal vorhanden sei. **Frau Wichmann** bedankte sich bei Frau Kuchenbecker-Rose für ihr Engagement und teilte mit, dass Flüchtlingskinder zunächst in fachärztliche und nicht in pädagogische Betreuung sollten, damit das Erlebte verarbeitet werden könne. **Frau Kuchenbecker-Rose** teilte dazu mit, dass es keine fachärztliche Unterstützung gebe. **Herr Runge** führte aus, dass das Land Niedersachsen jetzt anzusprechen sei und Lösungen erarbeitet werden müssten. **Frau Gersemann** hob die Flüchtlingsbetreuung und -beschulung über die Burgdorfer Schulen hervor und plädierte für weitergehende schulübergreifende Zusammenarbeit. **Frau Kuchenbecker-Rose** teilte mit, dass die Zusammenarbeit nur funktionieren könne, wenn die fehlende Schülerbeförderung und -begleitung sichergestellt sei. **Herr Kasiyanov** regte an, bei den Burgdorfer Schulen wegen einer Begleitung der Flüchtlingskinder nachzufragen.

## 8. Schreiben des kommissarischen Schulleiters der Prinzhornschule Burgdorf - Bestandsschutz der Förderschule Lernen

---

**Herr Stopper** erklärte den Anwesenden den Hintergrund des Schreibens. Er führte aus, dass für einen Teil der zu beschulenden Kinder mit dem pädagogischen Sonderbedarf Lernen eine Weiterführung der Förderschule ein besseres individuelleres Angebot zur Regelschule darstelle. Die Eltern der Kinder seien verunsichert. Sie wünschen sich für ihre Kinder eine Wahlmöglichkeit.

**Herr Kugel** führte dazu aus, dass der Gesetzesentwurf zur Weiterführung der Förderschule eher für Landkreise geeignet sei. Eine erforderliche Stellungnahme zum Gesetzesentwurf werde die Stadt nicht abgeben, da die kurze Beantwortungszeit (bis zum 02.02.2018) dafür nicht ausreichend sei. Er erinnerte, dass mit der laufenden Inklusion seit 2013 und einer Aufrechterhaltung der Förderschule Doppelstrukturen begünstigt werden. Dies könne u. a. zur Folge haben, dass eine Verschärfung der fehlenden Lehrerstunden und des Lehrpersonals einträfe. Zudem sei in der Region Hannover eine besondere Situation vorhanden, da die Städte und Gemeinden Träger der Grund- und der weiterführenden Schulen sowie der Förderschule Lernen seien. Abschließend teilte er mit, dass der Antrag der CDU/FDP-Gruppe am 14.02.2018 im Rat der Stadt Burgdorf behandelt werde.

**Herr Zschoch** teilte zum Antrag mit, dass die Gruppe den Antrag gestellt habe, um den Eltern und Schülerinnen und Schülern eine Wahlmöglichkeit anbieten zu können. Der Antrag ziele auf eine dauerhafte unbefristete Beibehaltung der Strukturen für die Kinder mit pädagogischen Sonderbedarf Lernen. Nur so sei eine optimale Beschulung gewährleistet. **Herr Baxmann** teilte dazu mit, dass die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zum Fortbestehen der Förderschule Lernen ein falscher Weg sei. Die Inklusion werde von Pädagogen und Wissenschaftlern gefordert, nicht von der Politik. Er stellte fest, dass Eltern, welche trotz anfänglicher Vorbehalte gegen eine Beschulung in der Regelschule waren, nach einiger Zeit feststellten, dass diese gut für ihre Kinder sei. Zudem dürfe nicht vergessen werden, dass aktuell von 49 Schülerinnen und Schülern, 25 Schülerinnen und Schüler aus Burgdorf die Förderschule Lernen besuchen würden. Ein Jahr später gar nur noch 20 Schülerinnen und Schüler. Weiter teilte er mit, dass die Förderschüler mit Angeboten im Sekundarbereich I ins Regelschulsystem eingegliedert werden können. Er trug eine Rechnung aus dem Landtag vor. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen hätten errechnet, dass für die Weiterführung der Förderschule Lernen 50 Mio. Euro aufgebracht werden müssten. Für diese Summe könnten Lehrkräfte eingestellt und Angebote im Sekundarbereich I für die Schülerinnen und Schüler der Förderschule initiiert werden. **Herr Braun** erinnerte an das Schreiben von Herrn Alker. In dem Schreiben erklärte **Herr Alker**, dass bei Fortbestehen der Förderschule Lernen ein weiterer Lehrermangel die Folge sein könnte.

**Frau van Waveren-Matschke** führte aus, dass die jetzigen Schülerinnen und Schüler mit pädagogischem Sonderbedarf im Primarbereich der Regelschule sowie deren Eltern ab der 5. Klasse erneut vor der Wahl stünden, ihre Kinder in eine Förderschule zu bringen oder in der Regelschule zu lassen. Dies verunsichere die Eltern, da aktuell keine klare dauerhafte Regelung vorhanden sei. **Frau Gersemann** teilte dazu mit, dass die SPD-Fraktion keine Alternativen zur Inklusion sehe. Sie teile die Meinung, dass Parallelstrukturen ungünstig seien und halte eine Übergangslösung in Form von Kooperationen für erforderlich.

**Frau Wichmann** teilt dazu mit, dass die persönliche Situation der Kinder zu wenig Beachtung finde. Eine Mitbestimmung der Förderschüler am Angebot finde kaum statt. Inklusionsangebote für Förderschüler empfinde sie als fehl am Platz, da die Kinder nicht gefragt oder gehört würden. Die Kinder müssten wegen ihres Handicaps bedarfsgerecht, sprich in Förderschulen beschult

werden. **Herr Baxmann** führte dazu aus, dass er mit vielen Menschen mit Handicap zu tun habe und dass diese Menschen nicht gesondert behandelt werden möchten. **Herr Zschoch** führte aus, dass der Förderschule die Entscheidungsmöglichkeit bei Versagung des Bestandsschutzes genommen werde.

**Herr Baxmann** warf die Frage auf, ob es für die aktuell 5 bis 6 Schülerinnen und Schüler eine eigene Schulform geben sollte. Eine **Lehrerin der Prinzhornschule** teilte mit, dass es für die Förderschule Lernen keine Lobby gebe. Daher seien Förderschulen für Hören und Sehen nicht Bestandteil einer Debatte. **Herr Pollehn** führte aus, dass der Antrag der CDU/FDP-Gruppe auf den Erfahrungen der letzten Monate beruhe. Er finde, eine absolut richtige Lösung gibt es nicht. Eine Auswahlmöglichkeit müsse gegeben sein, das zeigten die Gespräche mit Eltern, welche ihr Kind nicht in eine Regelschule beschulen lassen wollen.

**Herr Eggers** bekräftigte, dass das Thema sehr schwierig zu behandeln sei, da die Vielfalt und Vorstellungen der betroffenen Menschen sehr unterschiedlich ausgeprägt seien. Die Fragen rund um das Thema Förderschule oder inklusive Regelschule könnten nicht schnell und für alle Seiten befriedigend geklärt werden. Was zu fragen sei, ist, wie man mit den 5 bis 6 Schülerinnen und Schülern pro Jahrgang umgehen möchte. Sind Lehrerstunden haltbar, wenn keine Raumkapazitäten vorhanden seien? Er teilte die Ansicht, dass mit einem positiven Bescheid auf das Antragsschreiben von Herrn Stopper die aufwachsende IGS Burgdorf beschnitten und die Inklusion konkterkariert werde könnte. Eine Lösung könne nur auf Landesebene erfolgen, fügte er abschließend hinzu.

**Frau Gersemann** fragte in Richtung der CDU/FDP-Gruppe, ob mit dem Antrag die Ausspielung der Schulen gegeneinander verfolgt werde. Sie bat nochmals darum, das Thema nicht nach „schwarz“ und „weiß“ zu beurteilen. Die Inklusion sei richtig, aber auch die SPD-Fraktion tue sich schwer mit einem klaren Ja oder Nein für den Antrag der Förderschule auf Fortbestehen. **Herr Pollehn** stellte klar, dass der Antrag der CDU/FDP-Gruppe keine Ausspielung der betroffenen Schulen darstelle. Mit dem Antrag solle eine Wahlmöglichkeit für Schülerinnen und Schüler sowie deren Erziehungsberechtigten ermöglicht werden.

## 9. Bericht aus der Arbeitsgruppe Schulentwicklung

---

**Herr Bauer** berichtete, dass die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung zuletzt am 09.01.2018 getagt habe. Nach einem Rückblick auf das Jahr 2017 solle eine Unterarbeitsgruppe „Oberstufenzentrum“ gebildet werden. Aufgrund von fehlenden Mitgliedern wurde der Tagesordnungspunkt auf eine folgende Sitzung vertagt. Stattdessen habe sich die Arbeitsgruppe mit den Voraussetzungen einer Sekundarstufe II im Allgemeinen befasst. Dabei habe man u. a. die notwendige Schüleranzahl, die Notenbildung und die Vielfalt der Profile beleuchtet und festgehalten, dass eine ausgeglichene Profilvielfalt in der Burgdorfer Schullandschaft angestrebt werde. Weiter sei man wegen der Bildung eines „Oberstufenzentrums“ in Abstimmung mit dem Kultusministerium. **Herr Bauer** führte aus, dass sich die Arbeitsgruppe mit dem

Schreiben der Prinzhornschule „Bestandsschutz der Förderschule Lernen“ beschäftigt habe und zum Schluss gekommen sei, das Schreiben im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport weiter zu beraten. Abschließend teilte er mit, dass in der nächsten Sitzung am 06.02.2018 die Unterarbeitsgruppe gebildet und über die Schulraumbedarfe der Burgdorfer Schulen nebst Bandbreiten gesprochen werde.

**Herr Braun** fragte, ob es schon eine Antwort des Kultusministeriums bezüglich einer Terminierung gebe. **Herr Bauer** verneinte.

## **10. Anfragen lt. Geschäftsordnung**

---

K E I N E

## **11. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

---

**Herr Zschoch** teilte dem Ausschuss mit, dass das Provisorium für die Schule am Wasserwerk nach seinen Informationen nicht genehmigungsfähig sei. Er fragte, was die Verwaltung zur Genehmigungsfähigkeit beitragen könne. **Herr Baxmann** teilte dazu mit, dass ein Schreiben an die Region Hannover übermittelt wurde, in dem lösungsorientierte Angebote gemacht worden seien. Weiter wurde der Region Hannover mitgeteilt, dass die „grüne Wiese“ gegenüber der Schule am Wasserwerk nicht mit Baurechten ausgestattet sei und daher nicht kurzfristig genutzt werden könne. Er fügte hinzu, dass sich die Stadt Burgdorf nicht gegen bspw. B-Planänderungen auf Antrag der Region Hannover verschließen werde. Eine Unterstützungsabsicht durch die Stadt Burgdorf ist weiterhin vorhanden.

## **Einwohnerfragestunde**

K E I N E

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführer